



Zuschlagen und abhauen?

Die UNO wird 50. Einen rüstigen Eindruck macht sie nicht gerade. Entstanden als politische Organisation wird sie heute an ihren militärischen Fähigkeiten und ihrem militärischen Einsatzwillen gemessen – und dafür verurteilt. Die USA, die selber keine Bodentruppen vor Ort haben, fordern sofortige Bombardierung der serbischen Positionen. Man dürfe sich die Demütigungen nicht länger gefallen lassen. England und Frankreich, die den Grossteil der Bodentruppen – und der bisher getöteten UNO-Blauhelme – stellen, sind skeptisch. Trotzdem wird am 25. Mai bombardiert. Am Abend explodiert eine serbische Granate in der nordbosnischen Stadt Tuzla und tötet 72 meist junge Menschen. UNO-Blauhelme werden als Geiseln genommen, UNO-Schutzzonen bombardiert, UNO-Waffenlager ausgeräumt... Der "Tagi" zitiert einen Sprecher der US-Regierung: "Die Situation hat sich mit den Luftangriffen verschlechtert, aber sie hätte sich auch ohne die Luftangriffe nicht zum Besseren gewendet." Nullsummenspiel? Friedenserhaltung wo keine der Kriegsparteien Frieden will? Wo es nichts zu erhalten gibt ausser Menschenleben? Zuschlagen und abhauen? Nato-Plan 40104 sieht vor, rund 45'000 Mann Truppen – zur Hälfte US-Soldaten – einzufliegen, um sich dann geordnet zurückziehen zu können. US-Senator Richard Lugar spricht gar von einer 100'000 Mann starken Nato-Streitmacht...

Die internationale Bosnienpolitik folgt nationalen Interessen: Clinton muss ausserpolitische Stärke zeigen gegen die republikanische Mehrheit, Frankreich und England wollen nicht noch mehr tote Soldaten, Deutschland möchte endlich auch ein ganz normales europäisches Land werden, Kanada hält sich an die Linie Frankreichs, um die französisch-sprachige Opposition einzubinden, Russland darf sich als neuer Partner für den Frieden unbelästigt mit Tschetschenien beschäftigen und die UNO versucht zu retten, was noch zu retten ist. Sie verharrt in Ratlosigkeit, wie ihr dies das Mandat auch abverlangt. Mit der Bildung einer "schnellen Eingreiftruppe", die der UNO-Kommandogewalt entzogen wird, versumpft die Diskussion weiter in militärisches Kalkül und verdeckt das Fehlen politischer Logik.

Allenthalben wird gesagt, "es fehle am politischen Willen" zum Eingreifen. Nach den Konzepten hinter diesem "Willen" wird kaum gefragt. Internationale Politik setzt weiterhin auf die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas in ethnische Gebiete. Eine solche Aufteilung ist aber politisch nicht zu haben und militärisch – zumindest kurzfristig – von niemandem durchzusetzen. Ersatz für politische Lösungen geben Militäreinsätze eben nicht ab, ob sie nun konsequent durchgeführt werden oder nicht.

Militärische Logik stärkt auf allen Seiten die Hardliner, die keinen Weg zurück mehr sehen und für die der Krieg auch finanziell ein attraktives Geschäft ist. Diejenigen Kräfte, mit denen eine politische Lösung wenigstens als Konzept gefunden werden könnte, bestehen als Opposition auf allen Seiten weiter – auch wenn sie durch die internationale Politik, die immer nur die jeweiligen Kriegsherren als Verhandlungspartner wahrnahm – weiter marginalisiert wurden.

Roland Brunner